

Stadtrat Ulrich Huber

Fuchssteige 21 D - 89518 Heidenheim
(07321) 941783
FAX (07321) 941785

**Deutsche
Kommunistische
Partei**



Stadtverwaltung Heidenheim
Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg
Fraktionen im Gemeinderat
Rathaus
Partnerschaftskomitee Herrn Jürgen Habmann

Auszüge

89522 Heidenheim

Heidenheim, den 06.05.2002

Partnerschaft mit Jihlava (Iglau)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ilg,
sehr geehrte Damen und Herren,
werter Herr Habmann,

Als Gemeinderat der Stadt Heidenheim möchte ich mich dazu äußern und Stellung beziehen.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass ich bei vergangenen Haushaltsberatungen mehrfach beantragt habe, der Iglauer Sprachinsel, wegen ihrer Mitgliedschaft und ihrer politischen Übereinstimmung zu den Inhalten und Zielen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, den kommunalen Zuschuss der Stadt Heidenheim zu streichen.

Noch heute sind führende Repräsentanten der Sudetendeutschen Landsmannschaft wie auch Vertreter aus Politik und Gesellschaft an einer Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges interessiert.

Die sogenannten Benes-Dekrete werden bis in die heutige Zeit hinein von rechtskonservativen Kräften in der BRD als Mittel zur politischen Erpressung benutzt. Gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Beitrittsbegehren von Tschechien in die Europäische Union.

Diesen rechtskonservativen Kräften geht es nicht um Ausgleich, Frieden und Anerkennung der durch den deutschen Faschismus geschaffenen Folgen, sondern um das Zurückdrehen gefestigter Rechtsnormen in der Tschechischen Republik. Die Benes-Dekrete waren zu keiner Zeit Dekrete einer einzelnen autoritären Person, sondern waren Träger der Kontinuität des tschechischen Nationalkomitees aus dem antifaschistischen Widerstand zuerst aus Paris, dann als provisorische Staatsregierung aus England.

Das Verfassungsgesetz vom 28.03.1946 genehmigte alle Dekrete hinsichtlich ihren Inhalts und ihrer Entstehungsweise und erklärte sie zu Gesetzen bzw. Verfassungsgesetzen. Damit wurden die Dekrete zum integralen Bestandteil der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Rechtsordnung.

Die Dekrete betrafen die verschiedensten Bereiche und regulierten eine ganze Reihe von Problemen, die die mit der Erneuerung der Tschechoslowakischen Republik und der Ordnung der Nachkriegsverhältnisse zusammenhingen (z.B. Staatshaushalt, Zollangelegenheiten, Wehrpflicht usw.). Aber kein Dekret regulierte die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Über die Aussiedlung wurde eindeutig und ausschließlich in den Potsdamer Beschlüssen (Art. XIII.) entschieden, auf deren Grundlage dann seitens der Tschechoslowakei Durchführungsbestimmungen angenommen wurden.

Die Benes-Dekrete bilden einen untrennbaren Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung, wo sie die gleiche Stelle wie ordentliche Gesetz einnehmen. Sie spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Erhaltung der rechtlichen Kontinuität der Tschechoslowakischen Republik ab 1918 und ihrer Erneuerung 1945 - 1946. Die Forderung der Revanchistenverbände und verschiedener Rechtspopulisten die Benes-Dekrete als unwirksam zu erklären oder aufzuheben haben eindeutig politische Ziele. Sie zielen nach einer Revision der Resultate des Zweiten Weltkrieges.

Um einer Partnerschaft mit Jihlava nicht im Wege zu stehen, halte ich es für notwendig, dass sich die Stadtverwaltung und der Gemeinderat eindeutig von den Zielen der Sudetendeutschen Landsmannschaft distanzieren und die Benes-Dekrete als elementaren Bestandteil der Nachkriegsentwicklung in der Tschechoslowakischen Republik und dem heutigen Tschechien respektieren und anerkennen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte Sie bitten, im Zusammenhang mit der Partnerschaft die Haltung der Stadt, des Gemeinderats einer Prüfung zu unterziehen, um nicht noch mehr Spannungen in dieser Entwicklung zu erzeugen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr DKP Stadtrat

Weitere Informationen:
Emil Hruska,
Deutsch-Tschechische Nachrichten, Nr. 33

Ulrich Huber

Durch diese Veröffentlichung des Artikels in der Lokalpresse erfuhr die DKP Heidenheim vom Ziel einer Partnerschaft mit der Stadt Jihlava in der Tschechischen Republik

Protest in Iglau:

Gegen die Partnerschaft

(ui) Aus Protest gegen den geplanten Partnerschaftsvertrag zwischen Heidenheim und der mährischen Stadt Jihlava (Iglau) ist ein Abgeordneter des Stadtrats des tschechischen Ortes zurückgetreten. Dies berichtet die Nachrichtenagentur dpa.

Dem dpa-Bericht zufolge trat der Liberale Zdenek Lastovicka zurück, weil er Bedenken gegen die Zusammenarbeit mit der Heidenheimer „Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel“ habe, weil diese Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft sei. Die Landsmannschaft vertrete ein „Recht auf Heimat“ und die Rückgabe des enteigneten Eigentums. Prager Tageszeitungen hatten gestern über die Ereignisse in Jihlava berichtet. Demzufolge haben sich in der Stadt auch zwei kommunistische Abgeordnete gegen den Vertrag ausgesprochen. Der Oberbürgermeister der tschechischen Stadt sagte, dass auf Grund der Berichte der gegenwärtige Zustand, in dem „die hohe Politik über die Benes-Dekrete streitet“, besonders geeignet sei, ein Zeichen der Verständigung zu setzen.

HZ 24.04.2002